

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	5. November 2015		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18.15 Uhr	Sitzungsende:	21.50 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	5. November 2015

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkungen
Vorsitzender		
Uwe Rumberg	Oberbürgermeister	
Stadträtinnen/Stadträte		
Dirk Abraham		bis TOP 14, bis 21.00 Uhr
Lothar Brandau		bis TOP 17, bis 21.45 Uhr
Dr. med. Franziska Darmstadt		ab TOP 5, ab 18.30 Uhr
Heike Druhm		
Jutta Ebert	Ortsvorsteherin Wurgwitz	
Alexander Frenzel		
Ute-Maria Frost		ab TOP 5, ab 18.30 Uhr; bis TOP 13, bis 20.20 Uhr
Frank Gliemann		
Torsten Heger		
Peter Heinzmann		
Thomas Käsemodel		
Ines Kummer		
Norbert Mayer	Vorsitzender AfD-Fraktion	
Chris Meyer	Vorsitzender Fraktion Bürger für Freital	
Claudia Irén Mihály-Anastasio		
Jörg Müller		
Karin Müller		
Reinhard Nagel		
Peter Pfitzenreiter	Vorsitzender CDU-Fraktion	
Harry Retz		
Martin Rülke		
Wolfgang Schneider	Ortsvorsteher Pesterwitz	
Katrin Schulze		
Günter Specht		
Rosa Spet		
Dr. Ralf Thomas		
Lars Tschirner		
Dr. Olaf Wasner		bis TOP 15, bis 21.25 Uhr
Heidrun Weigel		
Klaus Wolframm	Vorsitzender Fraktion SPD/Die Grünen	
Ortsvorsteher		
Thomas Käfer	Kleinnaundorf	
Matthias Koch	Weißig	
Beauftragte		
Carola Stejskal	Behindertenbeauftragte	

Bürgermeister

Mirko Kretschmer-Schöppan
Jörg-Peter Schautz

Erster Bürgermeister
Zweiter Bürgermeister, Geschäftsführer Technologie-
und Gründerzentrum Freital GmbH

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Rica Bley	Sachgebietsl. Stadtsanierung/ Wohnungsbauförderung
Henryk Eismann	Wirtschaftlicher Referent
Andreas Funk	Amtsleiter Finanzverwaltung
Matthias Gey	Sachbearbeiter Beteiligungsmanagement
Gerd Glöß	Amtsleiter Ordnungsamt
Daniel Hartig	Betriebsleiter Abwasserbetrieb
Ilona Helbig	Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend
Gabriele Kerger	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Holger Leuschner	Amtsleiter Hauptamt
Inge Nestler	persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Gerhard Schiller	Amtsleiter Stadtbauamt
Heike Tiltmann	Schriftführerin
Helmut Weichlein	Juristischer Referent

Geschäftsführer

Michael Heinzig	Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Matthias Leuschner	FREITALER STROM+GAS GMBH
Ulrich Rudolph	FREITALER STROM+GAS GMBH
Jörg Schneider	Technische Werke Freital GmbH

Abwesenheit:**Stadträtinnen/Stadträte**

Norbert Frost	entschuldigt, krank
Uwe Jonas	entschuldigt, dienstlich
Candido Mahoche	unentschuldigt
Michael Richter	Vorsitzender Fraktion DIE LINKE. entschuldigt, dienstlich

Zuhörer: 16

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er unterrichtet den Stadtrat über das Ableben des ehemaligen Oberbürgermeisters Herrn Klaus Pollack und bittet alle Anwesenden, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

Herr Rumberg ändert die Tagesordnung dahingehend, dass der TOP 6 (Entscheidung über die Annahme von Spenden) von der Tagesordnung genommen wird. Weitere Änderungen oder Einwände zur geänderten Tagesordnung gibt es nicht. Somit ist sie in geänderter Form angenommen und die Nummerierung ändert sich entsprechend.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	5. November 2015

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 10. September 2015
3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
5. Informationen und Anfragen
6. Vorstellung Integriertes Quartierskonzept Freital-Zauckerode
Gast: Herr Zschau, Faktor i3
7. (Vorlagen-Nr.: I 2015/020)
Lokaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Arbeitspapier 2015
8. (Vorlagen-Nr.: I 2015/021)
Einrichtung einer Stabsstelle Asyl und Integration
9. (A 2015/022)
Antrag der Fraktionen DIE LINKE./SPD-Die Grünen und AfD zur Einberufung einer Sonder-Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe
10. (B 2015/066)
Stadtrats- und Ausschusstermine 2016

11. (Vorlagen-Nr.: B 2015/068)
Fortschreibung des SOP Gebietes "Ortsteilzentrum Deuben"
12. (Vorlagen-Nr.: B 2015/069)
Neuerlass einer Spielautomatensteuersatzung der Großen Kreisstadt Freital
13. (Vorlagen-Nr.: B 2015/071)
Stadtbibliothek Freital - Standortentscheidung
14. (Vorlagen-Nr.: B 2015/073)
1. Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege in der Großen Kreisstadt Freital (Betreuungssatzung Kita-BetreuungSKita)

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 10. September 2015

Gegen die genannte Niederschrift liegen keine Einwendungen vor.

Tagesordnungspunkt 3

Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Rumberg gibt folgende am 8. Oktober 2015 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

Beschluss-Nr.: 091/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, in einer Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft Freital mbH die Stelle des Prokuristen mit Herrn Henryk Eismann zum 10. November 2015 zu besetzen.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja 8 Nein 0 Enthaltung

Beschluss-Nr.: 092/2015

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die neue Besetzung der Stelle Wirtschaftlicher Referent vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Tagesordnungspunkt 4

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Kretschmer-Schöppan informiert, dass von den 361 Plätzen für Asylbewerber 352 belegt sind. Es sind demzufolge zwar noch neun Plätze frei, die jedoch aufgrund der akuten steigenden Zahl der Asylbewerber nicht mehr ausreichen.

Herr Pfitzenreiter verliest im Namen der CDU-Fraktion eine Erklärung zur aktuellen Asylsituation in Freital mit folgendem Inhalt:

- Angriffe auf Asylbewerber und deren Unterkünfte werden verurteilt.
- Freie Meinungsäußerungen und der Pluralismus sind Errungenschaften der demokratischen Gesellschaft, die zu verteidigen sind.
- Es wird gefordert, bei Diskussionsrunden keine Vertreter von demokratisch legitimierten und verfassungskonform erklärten Parteien auszuschließen.

- Es wird zur ziel- und ergebnisorientierten Diskussion aufgefordert. Die von den Fraktionen SPD/Die Grünen und DIE LINKE. herrschende Meinung eines „Kuschelkurs mit Rechts“, schadet dem Ruf von Freital nachhaltig.
- Der Umgang des Freitaler Oberbürgermeisters Uwe Rumberg mit der aktuellen Situation wird unterstützt.
- Die CDU-Fraktion nimmt die Sorgen und Probleme der Freitaler auf und trägt sie zu den verantwortlichen Akteuren.
- Die Position des Freitaler CDU-Vorstandes vom März 2015 sowie die Erklärung des Landrats der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge und des Oberbürgermeisters Herrn Rumberg vom Oktober 2015 werden unterstützt.

Herr Brandau geht davon aus, dass niemand anwesend ist, der sich dieser Erklärung nicht anschließen kann. Jedoch schmälern die Lobesworte auf den Oberbürgermeister das Ansinnen.

Herr Rumberg spricht sich dafür aus, seinen Namen aus der Erklärung zu streichen.

Herr Mayer spricht sich im Namen der AfD-Fraktion für die Erklärung der CDU-Fraktion aus. Die Thematik Asyl kann jedoch nicht im Stadtrat der Stadt Freital geklärt werden sondern weiter oben.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 5

Informationen und Anfragen

Herr Rumberg informiert, dass am 15. November 2015, 11.00 Uhr auf dem Johannisfriedhof eine Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages stattfindet, wozu alle Freitaler Bürger und Stadträte herzlich eingeladen sind. Am 11. November 2015, 11.11 Uhr wird von den Freitaler Elferräten auf dem Platz des Handwerks die 5. Jahreszeit eingeläutet, in dem von ihm als Oberbürgermeister die Schlüsselübergabe an die Elferräte erfolgt. Alle interessierten Freitaler Bürger und Stadträte sind dazu eingeladen. Des Weiteren wurden folgende Anfragen schriftlich beantwortet:

- von Herrn Heger zur Anzahl Asylanträge und Abschiebungen von Asylbewerbern in der Stadt Freital
- von Frau Schulze zum Hains im Umgang mit Behinderten beim Seniorenschwimmen
- von Herrn Tschirner zur Nichtnutzung der Turnhalle an der Grundschule Wurgwitz im Zeitraum der Sanierung
- von Herrn Brandau zur Asphaltierung des Bahndamms in Kleinnaundorf
- von Herrn Frost zum Zaun zwischen der Alt- und Neubebauung im Baugebiet „Alter Sportplatz“ in Pesterwitz

Frau Dr. Darmstadt und Frau Frost kommen. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Gliemann bittet Herrn Kretschmer-Schöppan um aufklärende Worte hinsichtlich des ausgesprochenen Kuchenverbotes in Freitaler Kindereinrichtungen. Weiterhin bemerkt er, dass die Stadträte Frau Mihály-Anastasio, Herr Frenzel, Herr Jonas und er selbst auf der Facebookseite „Freital-Nazifrei“ als Nazis und zutragende Stadträte für Nazis bezeichnet werden. Dagegen wurde bei der Polizei Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Facebook sollte man dennoch nicht ernst nehmen, weil jeder, egal welcher sozialen Schichten, dort schreiben kann, was er will.

Herr Rumberg bemerkt zur Asylthematik, dass alles unternommen wird, den Stadtfrieden in der Stadt Freital zu erhalten. Es ist unbedingt zu vermeiden, sich gegenseitig zu diffamieren.

Herr Kretschmer-Schöppan führt hinsichtlich des Kuchenverbotes aus, dass das Infektionsschutzgesetz einzuhalten ist. Darüber wurden die Einrichtungsleiter informiert, was von ihnen entsprechend gegengezeichnet werden sollte. Mehrheitlich wurde dann von den Einrichtungsleitern gesagt, dass die Einhaltung durch das Aussprechen des Verbots von selbstgebackenem Kuchen geregelt werden kann. Dieser Entscheidung hat sich die Verwaltung angeschlossen und steht hinter den Leitern. Es wurde jedoch empfohlen, dies mit den jeweiligen Elternvertretern zu besprechen.

Herr Frenzel stellt im Namen der Fraktion Bürger für Freital schriftlich die Anfrage, die 30 km/h Zone im Wohngebiet Raschelberg/Niederhäslich zu erweitern.

Herr Brandau erinnert, dass im Laufe des Jahres schon mehrmals die fehlenden Jahresabschlüsse und die Eröffnungsbilanz angemahnt wurden. In der Sitzung vom 10. September 2015 wurde diesbezüglich von Herrn Kretschmer-Schöppan erwähnt, dass dies zwar gegen die Gemeindeordnung verstößt, aber andere Gemeinden in Sachsen die Eröffnungsbilanz ebenfalls noch nicht vorliegt haben. Herr Brandau möchte von Herrn Rumberg wissen, warum diese noch nicht vorliegen und wann damit zu rechnen ist. Er erwartet eine schriftliche Stellungnahme, die von Herrn Funk als Kämmerer mit zu unterzeichnen ist. Des Weiteren erwartet er eine Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes. Genau die Person innerhalb der Verwaltung, die ihrer Arbeit nicht nachkommt, schaut auf die Geschäftsführer der Städtischen Gesellschaften und kritisiert, wenn nicht alles klappt.

Herr Funk erklärt, wenn er als die Person innerhalb der Verwaltung gemeint ist, er den Vorwurf deutlich zurückweist und er sehr wohl seine Arbeit als Kämmerer macht.

Herr Brandau stellt richtig, dass Herr Kretschmer-Schöppan gemeint ist.

Herr Kretschmer-Schöppan weist den Vorwurf zurück und stellt klar, dass er durchaus seine Arbeit macht und sieht es als unverschämte Unterstellung. Er ist gern bereit, dies mit Herrn Brandau zu erörtern, da er sicher ein falsches Bild von den täglichen Abläufen in der Verwaltung hat.

Herr Käfer informiert, dass seit Februar diesen Jahres in Kleinnaundorf die Mitfahrbank eingeführt wurde, was als Ersatz angesehen wird, wenn kein öffentlicher Personennahverkehr fährt. Über die Mitfahrbank in Kleinnaundorf hat das Fernsehen MDR Sachsenspiegel einen Bericht gebracht, welcher am 6. Oktober 2015 ausgestrahlt wurde. Der Kurzbericht wird den Stadträten vorgespielt. Des Weiteren interessiert sich das Institut für Sozialwissenschaften und Soziologie aus Kiel für das Projekt Mitfahrbank. Hinsichtlich des anstehenden Winters bittet Herr Käfer den Stadtrat zu prüfen, ob man sich eine Änderung der Straßenreinigungssatzung bezüglich des Winterdienstes für Anlieger an Straßen wenn nur auf einer Seite ein Fußweg ist, vorstellen kann. Es gibt zum Beispiel Gemeinden wo geregelt ist, dass in geraden Jahren die Hausnummern mit geraden Zahlen und in ungeraden Jahren die Hausnummer mit ungeraden Zahlen für die Beräumung des Fußweges zuständig sind.

Herr Rumberg bedankt sich für das Engagement hinsichtlich der Mitfahrbank. Er wird das Projekt weiter unterstützen und sieht es als Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr. Den Hinweis zum Winterdienst greift er auf und wird es verwaltungsintern besprechen.

Herr Pfitzenreiter nimmt Bezug auf die Antwort des Geschäftsführers der Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH vom 5. Oktober 2015 auf seine Anfrage zur Verwendung der Mittel für Wirtschaftsförderung. Herr Pfitzenreiter sieht enorme Defizite, unter anderem auf der Wirtschaftsinternetseite der Stadt Freital. Er stellt erneut mehrere Fragen zur Wirtschaftsförderung, um deren schriftliche Beantwortung er bittet.

Herr Rumberg wird es schriftlich beantworten lassen.

Herr Meyer erinnert an das am 6. Juli 2015 im Kulturhaus zur Einwohnerversammlung zum Thema Asyl, abgegebene Versprechen, eine weitere Veranstaltung durchzuführen, an der Bundes- und Landtagsabgeordnete teilnehmen.

Herr Rumberg ist persönlich davon überzeugt, dass eine weitere Einwohnerversammlung nicht zielführend ist. Die bisher einberufenen Anwohnerversammlungen mit einem festen Personenkreis sind ordentlich gelaufen und diese werden auch weiterhin von Herrn Rumberg favorisiert.

Herr Nagel spricht sich in diesem Zusammenhang dagegen aus, dass Anwohnerversammlungen in Kirchen abgehalten werden. Es gibt in Freital ausreichend öffentliche Räume, wo solche Versammlungen durchgeführt werden können.

Herr Specht fragt, ob es der Tatsache entspricht, dass für das Objekt der ehemaligen Lederfabrik ein weiteres Altlastengutachten beauftragt wurde bzw. werden soll. Wenn ja, warum und wer hat den Auftrag erhalten?

Herr Rumberg antwortet, dass eine Firma in Plauen/Vogtland den Auftrag erhalten hat, für die ehemalige Lederfabrik ein Altlastengutachten zu erstellen. Der Grund ist, tiefgründig zu untersuchen, ob Altlasten vorliegen, dessen Ergebnisse Anfang 2016 erwartet werden. Bei der Lederfabrik wird von Investitionen von mehreren Millionen Euro gesprochen, wo im Vorfeld schon genau bekannt sein sollte, welche Altlasten es gibt, bevor investiert wird.

Herr Specht verweist auf den Beschluss Nr. 049/2015 zum Antrag A 2015/013, zur Erstellung einer Vorlage, um eine Grundsatzentscheidung zur Bestandssicherung treffen zu können, die bis heute den Stadträten nicht vorliegt. Herr Specht ist der Meinung, dass das neue Altlastengutachten nur aussagt, ob das Objekt der ehemaligen Lederfabrik sanierungsfähig ist oder nicht. Er spricht sich dafür aus, die Zeitschiene zu verkürzen und so schnell wie möglich eine Entscheidung zu treffen.

Herr Rumberg kann nicht sagen, wie hoch die Investition in die Lederfabrik sein werden. Parallel zu der Altlastenuntersuchung die Investitionskosten zu ermitteln ist nicht sinnvoll. Sollte mit dem Gutachten festgestellt bzw. durch den Stadtrat die Entscheidung getroffen werden, das Objekt abzureißen, erübrigt sich die Ermittlung der Investitionskosten. Die Zeit der Altlastenuntersuchung sollte man sich nehmen und dann gemeinsam eine Entscheidung treffen.

Herr Brandau befürwortet die Erstellung des weiteren Gutachtes. Der damalige Erwerb der Lederfabrik ist mit dem Ziel erfolgt, dass Objekt zu sanieren, welches auch weiter verfolgt werden sollte. Ein Abriss von vornherein sollte nicht angenommen werden.

Herr Mayer unterstützt das sachliche Vorgehen bezüglich der Lederfabrik, erst das Altlastengutachten abzuwarten und dann weiter zu entscheiden.

Herr Pfitzenreiter stimmt Herrn Mayer zu.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 6

Vorstellung Integriertes Quartierskonzept Freital-Zauckerode

Gast: Herr Zschau, Faktor i3

Herr Rumberg begrüßt als Gast Herrn Zschau von der Firma Faktor i3.

Herr Schautz führt aus, dass es um ein Integriertes Stadtquartierskonzept Zauckerode geht, welches von der Wohnungsgesellschaft Freital mbH veranlasst wurde. Neben der Nahwärmeversorgung sind auch städtebauliche Dinge betrachtet worden.

Herr Zschau stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Integrierte Quartierskonzept Freital-Zauckerode vor.

Herr Rumberg bedankt sich bei Herrn Zschau sowie allen städtischen Unternehmen, die zur Erstellung des Konzeptes beigetragen haben. Er wünscht sich, dass die Ergebnisse des Konzeptes umgesetzt werden.

Herr Rülke bedankt sich ebenfalls bei Herrn Zschau für die Präsentation. Auch wenn mit der Umsetzung des Konzeptes hohe Investitionskosten verbunden sind, spricht das erwartete Einsparpotenzial von CO₂ dafür, die Investition zu tätigen. Er bittet, die Präsentation zur Verfügung gestellt zu bekommen, einschließlich eines Verzeichnisses der Abkürzungen.

Herr Rumberg sichert zu, die Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Herr Wolfram möchte wissen, ob die Einsparungen inklusive der zu ändernden Leitungen zu sehen sind.

Herr Zschau erläutert, dass es konkret um die Wärmebereitstellung geht.

Herr Wolfram weist darauf hin, dass somit nur ein Teil beleuchtet wurde. Der Teil der Kosten für die Erneuerung der Leitungen ist nicht betrachtet worden. Es wäre korrekter gewesen, alles darzustellen.

Herr Rumberg legt dar, dass die Häuser in Zauckerode ca. 40 Jahre alt sind und die Leitungen sowieso irgendwann erneuert werden müssen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Herr Rumberg bedankt sich bei Herrn Zschau und verabschiedet ihn.

Tagesordnungspunkt 7

I 2015/020

Lokaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Arbeitspapier 2015

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 27. Oktober 2015
am 29. Oktober 2015

Frau Helbig erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Nagel fragt, inwieweit eine Zusammenarbeit mit dem Behindertenverband erfolgt.

Frau Helbig antwortet, dass der Behindertenverband aktiv bei der Erstellung des Arbeitspapiers mitgearbeitet hat.

Herr Heinzmann erinnert, dass es im Jahr 2013 bereits einen Antrag gab, den Bahnhof Hainsberg-West mit einem Fahrstuhl auszustatten, was bisher von der Deutschen Bahn abgelehnt wurde. Er fordert Herrn Rumberg auf, sich der Thematik erneut anzunehmen und gegebenenfalls im Haushalt 2016 entsprechende Mittel einzustellen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 8	I 2015/021
Einrichtung einer Stabsstelle Asyl und Integration	

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)

am 27. Oktober 2015

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 29. Oktober 2015

Herr Kretschmer-Schöppan erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage. Er fügt hinzu, dass von der fördermittelgebenden Stelle der vorzeitige Maßnahmebeginn abgelehnt wurde.

Herr Rumberg fügt hinzu, wenn die Stabsstelle Asyl eingerichtet ist, es auch eine gewisse Entlastung in anderen Bereichen gibt, denn die Thematik Asyl bindet sehr viel Kapazitäten in der Verwaltung.

Herr Rülke möchte hinsichtlich des abgelehnten vorzeitigen Maßnahmebeginns wissen, ob die Fördermittel verloren gehen, wenn die Stelle jetzt schon aber befristet besetzt wird.

Herr Kretschmer-Schöppan bejaht. Ob eine Befristung für 2015 möglich ist, um für 2016 dann die Fördermittel zu erhalten, wird momentan geprüft.

Frau Dr. Darmstadt äußert, dass die Stabsstelle Asyl dringend nötig ist. Dennoch sollte ein Weg gefunden werden, die Fördermittel für die Stelle zu bekommen. Eventuell besteht die Möglichkeit, mit massivem Protest sich gegenüber dem Freistaat zu äußern, dass die Mittel dringend bereitgestellt werden.

Herr Meyer bestätigt, dass die Stelle dringend notwendig ist. Kritisch äußert er, dass in einem Gespräch von der Integrationsministerin zugesichert wurde, dass alles unkompliziert geregelt wird. Es muss schnellstens eine Entscheidung getroffen werden, auch wenn es förderschädlich ist.

Herr Nagel ist der Meinung, dass die Landesregierung aufgefordert werden sollte, die Probleme hinsichtlich der Fördermodalitäten zu beseitigen.

Herr Rumberg versichert, dass von Seiten der Verwaltung schon Druck gemacht wird.

Herr Dr. Wasner möchte wissen, wieviel Bewerbungen vorliegen und ob es überhaupt geeignete Bewerber gibt, die schnell eingesetzt werden können.

Herr Leuschner antwortet, dass zahlreiche Bewerbungen eingegangen sind und es realistisch ist, die Stelle noch 2015 mit geeignetem Personal zu besetzen.

Herr Specht fragt, welches Amt für die Fördermittel zuständig ist.

Herr Kretschmer-Schöppan antwortet, dass die Antragstellung über das Sozialministerium läuft.

Herr Brandau möchte wissen, ob es auch interne Bewerbungen gibt. Er würde es begrüßen, die Stelle intern zu besetzen, da es sicher städtische Angestellte gibt, die auf ihren jetzigen Stellen unterfordert sind.

Herr Kretschmer-Schöppan erläutert, dass es intern keine Bewerbungen gegeben hat.

Frau Müller fragt, ob es die Stabsstelle Asyl schon in anderen Kommunen gibt und wie diese mit den Fördermitteln umgehen, hinsichtlich des förderschädlichen Maßnahmebeginns.

Herr Rumberg äußert, dass nicht bekannt ist, wie andere Kommunen damit umgehen.

Frau Dr. Darmstadt ist der Meinung, dass der Protest gemeinsam von der Verwaltung und dem Stadtrat fraktionsübergreifend an die Fördermittelstelle gerichtet werden sollte, um den förderschädlichen Maßnahmebeginn abzuwenden.

Herr Rumberg äußert, dass die Presse anwesend und dies ein Weg ist, darüber zu berichten.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 9

A 2015/022

Antrag der Fraktionen DIE LINKE./SPD-Die Grünen und AfD zur Einberufung einer Sonder- Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 29. Oktober 2015

Herr Mayer erläutert die Sach- und Rechtslage des Antrages. Es gibt folgenden geänderten Beschlussvorschlag, der allen Stadträten schriftlich vorliegt:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital erteilt den Vertretern der Stadt Freital in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe folgende Weisung:

- a) Für die Neuwahl des Verbandsvorsitzenden ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.*
- b) Für die Nachwahl des Vertreters der Großen Kreisstadt Freital in den Verwaltungsrat des TWZ Weißeritzgruppe ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.*
- c) Für die Nachwahl des Vertreters der Großen Kreisstadt Freital in den Aufsichtsrat der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.*

Herr Dr. Wasner unterstützt den Antrag. Er spricht sich jedoch dafür aus, dass der weggefallene Punkt drei des bisherigen Beschlussvorschlags als Punkt zwei im geänderten Beschlussvorschlag bestehen bleibt.

Herr Rumberg sieht kein Problem darin, den Punkt wieder in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Seitens der einreichenden Fraktionen gibt es keine Einwände, den bisherigen Punkt drei als Punkte zwei in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Somit wird der Beschlussvorschlag entsprechend geändert, der nunmehr wie folgt lautet:

1. *Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital erteilt den Vertretern der Stadt Freital in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbands Weißeritzgruppe folgende Weisung:*
 - a) *Für die Neuwahl des Verbandsvorsitzenden ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.*
 - b) *Für die Nachwahl des Vertreters der Großen Kreisstadt Freital in den Verwaltungsrat des TWZ Weißeritzgruppe ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.*
 - c) *Für die Nachwahl des Vertreters der Großen Kreisstadt Freital in den Aufsichtsrat der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.*
2. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich die o. g. Weisungen des Stadtrates umzusetzen.*

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 093/2015

1. **Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital erteilt den Vertretern der Stadt Freital in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbands Weißeritzgruppe folgende Weisung:**
 - a) **Für die Neuwahl des Verbandsvorsitzenden ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.**
 - b) **Für die Nachwahl des Vertreters der Großen Kreisstadt Freital in den Verwaltungsrat des TWZ Weißeritzgruppe ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.**
 - c) **Für die Nachwahl des Vertreters der Großen Kreisstadt Freital in den Aufsichtsrat der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH ist der Verbandsversammlung der Vertreter der Großen Kreisstadt Freital, Herr Oberbürgermeister Uwe Rumberg, vorzuschlagen und zu wählen.**
2. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich die o. g. Weisungen des Stadtrates umzusetzen.**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Stadtrats- und Ausschusstermine 2016

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)	am 27. Oktober 2015
Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)	am 28. Oktober 2015
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)	am 29. Oktober 2015

Herr Weichlein bemerkt, dass es aus den Vorberatungen heraus verschiedene Vorschläge gibt und von Seiten der Verwaltung dem Vorschlag gefolgt wird, den Stadtrat vom 30. Juni 2016 auf den 23. Juni 2016 und der Ausschuss Neuausrichtung Städtischer Gesellschaften vom 23. Juni 2016 auf den 9. Juni 2016 zu verlegen. Dies wurde entsprechend in den Beschlussvorschlag aufgenommen.

Herr Wolfram schlägt vor, den Technischen und Umweltausschuss vom 16. Juni 2016 auf den 15. Juni 2016 und den Finanz- und Verwaltungsausschuss vom 21. Juni 2016 auf den 16. Juni 2016 zu verlegen.

Herr Rülke spricht sich gegen den Änderungsvorschlag aus. Die Tätigkeit des Stadtrates ist neben familiären und beruflichen Verpflichtungen ehrenamtlich und er gibt zu bedenken, die Ausschüsse gebündelt in eine Woche zu legen.

Frau Dr. Darmstadt stimmt dem geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung sowie den Änderungsvorschlägen von Herrn Wolfram zu.

Da es von Seiten der Mehrheit der Stadträte keine Einwände zu den Vorschlägen von Herrn Wolfram gibt, greift Herr Rumberg die Änderungen auf und ändert den Beschlussvorschlag entsprechend.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 094/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Stadtrats- und Ausschusstermine einschließlich der Fortsetzungstermine für das Jahr 2016 entsprechend der Terminübersicht (Anlage) einschließlich folgender Änderungen:

- **Stadtrat vom 30. Juni 2016 auf den 23. Juni 2016**
- **Ausschuss Neuausrichtung städtischer Gesellschaften vom 23. Juni 2016 auf den 9. Juni 2016**
- **Technischer und Umweltausschuss vom 16. Juni 2016 auf den 15. Juni 2016**
- **Finanz- und Verwaltungsausschuss vom 21. Juni 2016 auf den 16. Juni 2016**

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	2

Herr Pfitzenreiter bittet, bei der Aufstellung der Sitzungstermine für das Jahr 2017 darauf zu achten, dass von vornherein versucht wird, keine drei Ausschüsse in eine Woche zu legen.

Fortschreibung des SOP Gebietes "Ortsteilzentrum Deuben"

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 28. Oktober 2015

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 29. Oktober 2015

Herr Schautz erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Mayer legt dar, dass es in der Vergangenheit immer wieder Missverständnisse zwischen der Verwaltung und dem Stadtrat gab hinsichtlich durchzuführender Maßnahmen. Unter anderem wurde eine 3-Feldsporthalle in Zauckerode geplant die momentan nur als 1-Feldsporthalle gebaut wird und wo dementsprechend Fördermittel zurückgezahlt werden müssen. Die 3-Feldsporthalle ist dem Stadtrat nicht vorgestellt worden. Um dies zu umgehen, stellt er den Antrag, den Beschlussvorschlag um folgenden Punkt zu ergänzen.
Konkrete Maßnahmen sind dem Stadtrat oder seinen Ausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Brandau bemerkt, wenn der Punkt als Ergänzung in den Beschlussvorschlag aufgenommen wird, eine Kostengröße mit anzugeben ist, damit nicht über jede kleine Maßnahme der Stadtrat entscheiden muss.

Herr Schautz bestätigt zur Turnhalle in Zauckerode, dass zum damaligen Zeitpunkt in den Sanierungsgebieten Budgetannahmen enthalten waren und dem Stadtrat nicht jede Einzelmaßnahme bekannt war. Seit letztem Jahr ist jede Einzelmaßnahme im Haushalt benannt, wird diskutiert und vom Stadtrat beschlossen. Demzufolge werden keine Maßnahmen durchgeführt, die nicht vom Stadtrat bestätigt sind.

Herr Rülke stellt richtig, dass die Einzelmaßnahmen im Haushalt enthalten sind, aber in der Haushaltsdiskussion nicht die Gelegenheit besteht, Details zu konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu besprechen. Er schlägt als Kompromiss folgende Formulierung des Ergänzungsantrages von Herrn Mayer vor:

Konkrete Maßnahmen sind dem Stadtrat oder seinen Ausschüssen entsprechend der Regelung der Hauptsatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Funk ergänzt, dass seit den letzten zwei Jahren sogenannte Bauausführungsbeschlüsse vom Stadtrat gefasst werden, wo die Maßnahmen inhaltlich, einschließlich der Finanzierung sowie Folgekosten, vorgestellt werden. Den Beschlussvorschlag zu ergänzen ist nicht schädlich, wird aber schon seit geraumer Zeit so umgesetzt.

Herr Mayer greift den Kompromissvorschlag von Herrn Rülke auf und übernimmt die Änderungen.

Herr Rumberg übernimmt den Änderungsantrag von Herrn Mayer und ändert den Beschlussvorschlag entsprechend. Somit lautet der nunmehr zur Beschlussfassung stehende Beschlussvorschlag wie folgt:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Fortschreibung des Fördergebietes „Ortsteilzentrum Deuben“, im Programm der Städtebauförderung „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (SOP).

Konkrete Maßnahmen sind dem Stadtrat oder seinen Ausschüssen entsprechend der Regelung der Hauptsatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 095/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Fortschreibung des Fördergebietes „Ortsteilzentrum Deuben“, im Programm der Städtebauförderung „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (SOP).

Konkrete Maßnahmen sind dem Stadtrat oder seinen Ausschüssen entsprechend der Regelung der Hauptsatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Tagesordnungspunkt 12

B 2015/069

Neuerlass einer Spielautomatensteuersatzung der Großen Kreisstadt Freital

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 29. Oktober 2015

Herr Funk erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Frau Dr. Darmstadt nimmt Bezug auf die Rubrik Gewaltspiele und dass in Städten wie Hoyerswerda und Radebeul wesentlich höhere Steuern angesetzt werden. Was spricht dagegen in Freital höhere Steuern zu verlangen?

Herr Funk antwortet, dass bisher in Freital keine Automaten mit Gewaltspielen angezeigt sind. Neben Hoyerswerda und Radebeul gibt es Städte, die ebenfalls wie Freital 1.000 Euro veranschlagen, was von Seiten der Verwaltung auch als ausreichend angesehen wird. Gegen die Festlegung eines höheren Satzes spricht aber nichts.

Frau Dr. Darmstadt stellt den Antrag, die Steuer für Gewaltspielautomaten von 1.000 Euro auf 3.000 Euro zu erhöhen.

Herr Nagel fragt Frau Dr. Darmstadt nach den Beweggründen.

Frau Dr. Darmstadt kennt den Einfluss von Gewaltspielen und möchte durch die höhere Steuer vermeiden, dass solche Automaten in Freital aufgestellt werden.

Herr Dr. Wasner stimmt Frau Dr. Darmstadt zu.

Frau Müller möchte wissen, wie geprüft wird, ob Automaten mit Gewaltspielen aufgestellt sind bzw. werden.

Herr Rumberg antwortet, dass die Prüfung über das Ordnungsamt erfolgt.

Herr Mayer unterstützt im Namen der AfD-Fraktion den Antrag zur Erhöhung und die Aussagen von Frau Dr. Darmstadt.

Herr Funk selbst ist auch nicht dafür, Gewaltspiele anzubieten. Dennoch ist die sogenannte „erdrosselnde Wirkung“ zu beachten, wenn durch eine sehr hohe Steuer das Aufstellen quasi indirekt verboten wird. Ob im Fall in Hoyerswerda schon dagegen vorgegangen wird, ist nicht bekannt. Herr Funk geht davon aus, dass bei monatlich 1.000 Euro für ein Gewaltspielgerät niemand so ein Gerät aufstellen wird.

Herr Rülke möchte wissen, für den Fall, dass jemand gegen eine hohe Steuer für Gewaltspielgeräte klagt, ob dann die Satzung im ganzen oder nur in dem Punkt betroffen ist.

Herr Weichlein kann dies im Detail nicht beantworten, da es im Einzelfall zu betrachten ist.

Herr Rumberg stellt fest, dass der Stadtrat sich im Ganzen einig ist, dass gewaltverherrlichende Spiele einer höheren Steuer unterzogen werden soll. Er schlägt als Kompromiss 2.000 Euro vor.

Herr Mayer weist darauf hin, dass die Regelung in Hoyerswerda seit Juli 2013 gilt und es seither keinen gibt, der dagegen vorgegangen ist.

Frau Dr. Darmstadt zieht ihren Antrag zurück und regt an, die Thematik zu prüfen und bei der nächsten Änderungssatzung, die Steuer entsprechend zu erhöhen.

Herr Dr. Wasner spricht sich dagegen aus. Der Kompromiss von 2.000 Euro ist tragbar und er stellt entsprechend den Änderungsantrag.

Herr Rumberg nimmt, wenn es von Seiten der Stadträte keine Einwände gibt, die 2.000 Euro auf und der § 6 Abs. 2 Nr. 3 wird entsprechend geändert.

Seitens der Stadträte gibt es keine Einwände. Demzufolge wird die Satzung im § 6 Abs. 2 Nr. 3 geändert.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 096/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Spielautomatensteuersatzung der Großen Kreisstadt Freital gemäß dem in der Anlage 1 beigefügten Entwurf vom 1. Oktober 2015 einschließlich der Änderungen vom 5. November 2015.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Stadtbibliothek Freital - Standortentscheidung

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 27. Oktober 2015
am 29. Oktober 2015

Frau Frost verlässt die Sitzung. Somit sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Leuschner erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage. Die Verwaltung hat sich nach dem Finanz- und Verwaltungsausschuss an den Geschäftsführer der Volkshochschule gewandt. In einer E-Mail, die allen Fraktionsvorsitzenden heute zur Kenntnis gegeben wurde, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Volkshochschule sich örtlich verändern will und ein Zusammengehen mit der Bibliothek an einem zentralen Standort favorisiert wird. Hinsichtlich der Wertsicherungsklausel bei einem Mietvertrag über 15 Jahre wird davon ausgegangen, dass diese die ersten fünf Jahre nicht zum Zug kommt. Eine Steigerung des Verbraucherindex wird nur zu 75 % auf den Mietpreis durchschlagen. Die Formulierung der Musterklausel zur Indexänderung ist allen Fraktionsvorsitzenden zugegangen. Zur Deckenlast führt er aus, dass das Objekt im Jahr 2011 bereits schon einmal auf die Geeignetheit für eine Bibliothek untersucht wurde. In der Anlage 2 der Vorlage ist dazu eine Kostenzusammenstellung aufgeführt. Von dem damals beauftragten Ingenieurbüro ist bei der Aufstellung zur Ertüchtigung des Objektes als Bibliothek von etwaigen Deckenlasten nichts beinhaltet. Insofern wird das Objekt als geeignet angesehen.

Herr Mayer schickt voraus, dass die AfD-Fraktion nicht gegen die Bibliothek ist, es geht ihr lediglich um eine sachgerechte und fundierte Entscheidung. Er kritisiert, dass die Vorlage sehr kurzfristig den Stadträten vorgelegt wurde und es bis heute keine verbindliche Zusage der Volkshochschule, die Räume gemeinsam mit der Bibliothek zu nutzen, gibt. Hinzukommt, dass in der Vorlage eine Statistik über das Nutzerverhalten der vergangenen fünf bis zehn Jahre fehlt, da Herr Mayer aus eigenen Erfahrungen weiß, dass viel elektronisch gelesen wird. Es muss auch betrachtet werden, ob durch die Schließung der Kinderbibliothek sowie der Außenstelle in Zauckerode eventuell sogar Nutzer wegfallen würden. Für Bibliotheken ist eine Mindesttragbarkeit von 600 kg/m² vorgeschrieben. Für Einzelhandel, der vorher dort in dem Objekt drin war, ist eine Deckenlast von 500 kg/m² vorgeschrieben. Da aus dem Gutachten von 2011 nicht ersichtlich ist, ob die Tragfähigkeit überhaupt betrachtet wurde, sollte diesbezüglich noch eine Aussage erfolgen. Des Weiteren ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Bibliothek von zurzeit genutzten 529 m² auf 1.185 m² vergrößert werden soll. Bevor die Fragen nicht geklärt sind, wird die AfD-Fraktion zu der Vorlage keine Stimme abgeben.

Herr Pfitzenreiter bemerkt, dass die Vorstellung der Bibliothekskonzeption im vergangenen Bildungsausschuss gezeigt hat, dass es sich bei der Bibliothek um eine moderne Bildungseinrichtung handelt. Im Vergleich zu dem bisherigen Standort in der Panschau-Galerie ist der neue Standort im City-Center wesentlich günstiger und zentraler. Dass die Vorlage den Stadträten sehr kurzfristig zugegangen ist, bestätigt er. Dennoch wurde von der Verwaltung umfassend auf Fragen reagiert und die CDU-Fraktion wird der Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Herrn Nagel ist in Erinnerung, als das Objekt City-Center schon vor ein paar Jahren als Standort für die Bibliothek in Erwägung gezogen wurde, es die eindeutige Antwort gab, dass die erste Etage statisch nicht für eine Bibliothek geeignet ist.

Herr Leuschner antwortet, dass in dem Gutachten von 2011 gewisse Ausbauten enthalten waren, hinsichtlich der statischen Eignung gab es keine Zweifel. Die statische Ungeeignetheit wurde auch nirgends formuliert. Dass das City-Center damals nicht als Standort genommen wurde, war allein der Höhe des Mietpreises geschuldet.

Herrn Specht fehlt ebenfalls die konkrete Aussage, ob die Deckenlast ausreichend für eine Bibliothek ist. Dies sollte anhand der statischen Unterlagen prüfbar sein. Man sollte auch nicht außer Acht lassen, dass das Areal Busbahnhof/Sächsischer Wolf städtebaulich neu gestaltet werden soll. Wenn man dort die Möglichkeit findet Eigentum neu zu schaffen, kann die Bibliothek mit integriert und es muss keine Miete gezahlt werden.

Herr Rumberg erläutert, dass das Mietangebot im City-Center günstig ist und bei einem Neubau über die Abschreibung dies nicht zu investieren ist.

Herr Specht stimmt zu, wenn man dies nur auf die Bibliothek betrachtet. Zieht man jedoch andere Maßnahmen mit in Betracht, können Grundlagen geschaffen werden, die sich letztendlich positiv auswirken.

Herr Heinzmann bemerkt, dass die Fraktion DIE LINKE. der Vorlage nicht zustimmen wird. Mit der vorgesehenen Schließung der Außenstelle in Zuckerode wird eine der wenigen Kultureinrichtungen in Zuckerode geschlossen, zu Lasten der Belebung eines anderen Ortsteiles.

Herr Brandau legt dar, wenn heute ein Grundsatzbeschluss zum Standort Bibliothek getroffen wird, es nicht heißt, dass die Verwaltung die Tragfähigkeit nicht noch einmal prüft. Dies muss geprüft werden. Den zentralen Standort im City-Center begrüßt Herr Brandau. Ein Vorschlag wäre, einen Mietvertrag für 10 Jahre abzuschließen und dann zu überlegen, ob es die Möglichkeit gibt in dem neu zu schaffenden Ortsteilzentrum auf dem Areal „Sächsischer Wolf“ einen neuen Standort zu finden.

Frau Dr. Darmstadt weist darauf hin, dass das Bibliothekskonzept zweimal ausführlich in den Ausschüssen diskutiert wurde, wo unter anderem die Zweigstellen erörtert wurden. Mit dem City-Center wird ein zentraler Standort für die Schaffung einer modernen Bibliothek geschaffen. Dies mit der Volkshochschule zu verbinden, ist eine gute Lösung. Auf die Fertigstellung des Areals „Sächsischer Wolf“ zu warten, wäre falsch. Sie schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass nach den Worten „dargestellte Objekt“ die Worte „bei statischer Eignung“ einzufügen.

Herr Rumberg greift den Änderungsvorschlag auf und ändert den Beschlussvorschlag entsprechend.

Herr Dr. Thomas spricht sich ebenfalls für das City-Center als Standort für die Bibliothek aus.

Herr Wolfram stellt aus der Diskussion fest, dass es ja nicht darum geht, die Bibliothek und deren Konzept in Frage zu stellen. Neu ist, dass das Land Sachsen Fördermittel in Millionenhöhe bereitstellt, wo es unter anderem die Möglichkeit gibt, für Bibliotheken Mittel zu bekommen. Damit könnte die Chance bestehen Mittel für die Bibliothek auf dem Areal „Sächsischer Wolf“ zu bekommen. Wenn der Stadtrat sich heute für das City-Center entscheidet, wird diese Chance verbaut. Herr Wolfram äußert sich ebenfalls kritisch, dass die Vorlage den Stadträten sehr kurzfristig zugeht. Er stellt den Antrag, die Entscheidung zu vertagen, um zu prüfen, welche Möglichkeit von Fördermitteln es gibt.

Herr Pfitzenreiter spricht sich dafür aus, heute eine Entscheidung zu treffen. Der Investitionsplan der nächsten Jahre zeigt, dass die Prioritäten bei der Sanierung der Schulen und Kindergärten liegt und somit keine Mittel für einen Neubau einer Bibliothek zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Darmstadt ist bekannt, dass die vom Freistaat neu bereitgestellten Fördermittel womöglich für den Schulhausbau sind und in dem Bereich die bereitgestellten Fördermittel nicht viel Geld sind. Dass dort Mittel für die Bibliothek genutzt werden können, glaubt sie nicht. Sie spricht sich gegen den Antrag auf Verschiebung aus.

Herr Tschirner stimmt der Vorlage zu. Er würde es begrüßen, wenn die Bibliothek in das City-Center zieht, eine öffentliche Toilette mit geschaffen wird.

Da es zum Antrag von Herrn Wolfram auf Vertagung keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt Herr Rumberg diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	14
Stimmenthaltungen:	4

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	14
Stimmenthaltungen:	4

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Da es zur Vorlage keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 097/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt unter Zugrundelegung der aktuellen Bibliothekskonzeption die Zusammenlegung der bestehenden Bibliotheksstandorte durch Schaffung einer zentralen Stadtbibliothek und beauftragt den Oberbürgermeister, für das in Anlage 2 dargestellte Objekt bei statischer Eignung einen Mietvertrag abzuschließen und die zur Verlagerung der Bibliotheksstandorte in die Zentralbibliothek notwendigen Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	9
Stimmenthaltungen:	4

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	30
Davon stimmberechtigt:	30
Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	9
Stimmenthaltungen:	4

1. Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege in der Großen Kreisstadt Freital (Betreuungssatzung Kita-BetreuungSKita)

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)

am 27. Oktober 2015

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 29. Oktober 2015

Herr Meyer erklärt sich als Vorsitzender des „Lebensbaum“ e.V. und damit Träger der Kindertageseinrichtungen „Wurzelzwerge“ und „Storchenbrunnen“ als befangen. Er verlässt das Gremium. Somit sind es 29 Stimmberechtigte.

Herr Gliemann fragt, da seine Schwiegertochter Tagespflegeperson ist, ob er befangen ist.

Herr Abraham verlässt die Sitzung. Somit sind es 28 Stimmberechtigte.

Herr Weichlein antwortet, dass Herr Meyer als Vorsitzender eines Trägers im Bezug auf die Vorlage bereits Auswirkungen auf den Verein dargestellt hat und somit Vor- bzw. Nachteile entstehen können. Bei Herrn Gliemann sind keine Vor- oder Nachteile zu erkennen, da Tagespflegepersonen als Gruppe zu betrachten sind. Letztendlich obliegt das Entscheidungsrecht zur Befangenheit dem Stadtrat.

Herr Kretschmer-Schöppan erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Frau Druhm verlässt den Saal. Somit sind es 27 Stimmberechtigte.

Herr Rülke weiß, dass es verschiedene Auffassungen zur Einführung der 7,5 h Betreuungszeit in Kindertagesstätten gibt. Unter anderen gibt es die Befürchtung, dass sich daraus Personalstundenkürzungen ergeben könnten. Unter der Annahme, 50 % der bisherigen 6 h erhöhen sich auf 7,5 h und 20 % der bisherigen 9 h reduzieren sich auf 7,5 h Betreuungszeit, erläutert Herr Rülke an einem Rechenbeispiel, dass dies eine Reduzierung von 210,6 Betreuungsstunden bedeutet, was gerade 1,8 % ausmacht. Dem gegenüber steht, dass der Personalschlüssel 2016 erhöht wird und davon auszugehen ist, dass dieser sich in den kommenden drei Jahren weiter verändern wird. Dass mit der Einführung einer 7,5 h Betreuungszeit sich die Qualität der Betreuung verschlechtert, kann Herr Rülke nicht bestätigen. Er bittet den Stadtrat, der Vorlage zuzustimmen, weil damit die Stadt Freital familienfreundlicher wird.

Herr Dr. Wasner erinnert, dass mit dem Beschluss 083/2015 zur Einführung der 7,5 h beschlossen wurde, dies mit den freien Trägern abzustimmen. Die freien Träger wurden angefragt, aber nur ein geringer Teil deren Änderungswünsche sind in die Änderungssatzung eingeflossen. Damit wurde die Chance verpasst, mit den freien Trägern einen gemeinsamen Weg zu suchen. Es ist notwendig, dass sich die Verwaltung sowie die freien Träger und Tagespflegepersonen an einen Tisch setzen und Punkte wo man sich nicht einigen kann, im Stadtrat abstimmen zu lassen. Ein von Herrn Meyer kurzfristig angefragter Termin wurde sowohl von der Verwaltung als auch der CDU-Fraktion abgesagt. Herr Dr. Wasner stellt den Antrag, die Vorlage zu vertagen, um das gemeinsame Gespräch mit den Tagespflegepersonen und den freien Trägern zu suchen.

Herr Rumberg spricht sich dafür aus, die Vorlage heute zur Abstimmung zu bringen.

Frau Müller stellt als ehemalige Pädagogin dar, dass die Arbeit der Erzieher nicht nur die Betreuungszeit in den Kindertageseinrichtungen betrifft. Es sind Vor- und Nachbereitung der Angebote sowie die Vorbereitung und Durchführung von Elternabenden notwendig, was 9 h und mehr bedeutet.

Herr Rülke sieht hier auch den Arbeitgeber in der Pflicht, entsprechende Kapazitäten für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung zu stellen. Den Antrag von Herrn Dr. Wasner auf Vertagung lehnt Herr Rülke ab.

Herr Mayer bedauert, dass es nach wie vor ein gespanntes Verhältnis zwischen den freien Trägern und der Verwaltung gibt. Dies zeigt sich darin, dass aus dem Positionspapier der freien Träger vom November 2014 wenig in die Änderungssatzung eingeflossen ist. Insofern stimmt er den Worten von Herrn Dr. Wasner zu, dass es noch Probleme gibt, die nicht beseitigt sind. Um die Änderungssatzung heute dennoch beschließen zu können, stellt Herr Mayer den Antrag, den Beschlussvorschlag um folgenden Punkt zu ergänzen:

Bis Juni 2016 sind die Auswirkungen der geänderten Satzung dem Stadtrat vorzutragen und eine Anpassung der Satzung unter weitgehender Beachtung des Positionspapiers der freien Träger vom 14. November 2014 unter Abstimmung mit diesen vorzubereiten.

Frau Dr. Darmstadt sieht den Änderungsantrag von Herrn Mayer als Kompromiss. Sie regt jedoch an, nicht bis Juni 2016 sondern bis Ende des Jahres 2016 die Auswirkungen zu betrachten. Dann kann eine Änderung der Betreuungssatzung angegangen werden, wo unter anderem auch das momentan diskutierte Vergabesystem mit einbezogen werden kann.

Herr Mayer ist der Meinung, dass es der Stadtrat im Juni 2016 entscheiden kann, wie weiter verfahren wird.

Herr Wolframm vertritt den Standpunkt, dass mit dem Anliegen von Frau Dr. Darmstadt, es bis zum Ende des Jahres 2016 zu verschieben, der Versuch unternommen wird, wieder ein ganzes Jahr keine Änderungen an der Betreuungssatzung vorzunehmen. Herr Wolframm spricht sich für den Änderungsantrag von Herrn Mayer aus.

Herr Brandau sieht keinen Zeitdruck, heute unbedingt über die Vorlage abstimmen zu müssen.

Herr Rumberg erläutert, dass es schwerpunktmäßig um die zusätzliche Betreuungszeit von 7,5 h geht und nichts dagegen spricht, sie einzuführen und die Auswirkungen in einem halben Jahr vorzulegen.

Herrn Dr. Wasner hat die Diskussion gezeigt, dass es notwendig ist, die 7,5 h Betreuungszeit den Eltern so schnell wie möglich anzubieten. Den Änderungsantrag von Herrn Mayer sieht er als Kompromiss, den er unterstützt. Herr Dr. Wasner zieht seinen Antrag auf Vertagung zurück.

Herr Tschirner weist darauf hin, dass es schon Einrichtungen gibt, die die Anwesenheit der Kinder elektronisch erfassen. Da dies eine wesentliche Erleichterung ist, sollte eine elektronische Erfassung in allen Einrichtungen angestrebt werden.

Herr Rumberg greift als Verwaltung den Änderungsantrag von Herrn Mayer auf und ändert den Beschlussvorschlag entsprechend.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 098/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege in der Großen Kreisstadt Freital gemäß dem in der Anlage 1 beigefügten Entwurf.

Bis Juni 2016 sind die Auswirkungen der geänderten Satzung dem Stadtrat vorzutragen und eine Anpassung der Satzung unter weitgehender Beachtung des Positionspapiers der freien Träger vom 14. November 2014 unter Abstimmung mit diesen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	27
Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	2
Befangen:	1

Herr Meyer kommt zurück ins Gremium. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.